

, Im September 1960 richtete der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik an die XV. Vollversammlung der UNO eine Denkschrift zur Abrüstungsfrage. Darin wurde der Plan einer allgemeinen, vollständigen und kontrollierten Abrüstung beider deutscher Staaten in drei Etappen entwickelt. Die Abrüstung in Deutschland sollte mit Gewaltverzicht, Rüstungsstopp und Verzicht auf Atomrüstung beginnen und in der dritten Etappe damit enden, daß beide deutsche Staaten ihre Streitkräfte endgültig auflösen, ihre Zugehörigkeit zur NATO bzw. zum Warschauer Vertrag beenden und damit ein militärisch neutrales Deutschland schaffen.

An den 18-Staaten-Ausschuß der UNO, der im März 1962 in Genf zusammentrat, richtete die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein Memorandum, in dem sie ihre Vorschläge zur Abrüstungsfrage unterbreitete. Die Vorschläge für eine kernwaffenfreie Zone in Europa werden darin unterstützt und dahingehend erweitert, daß die beiden deutschen Staaten sich zusätzlich zu einem Rüstungsstopp und einer Verminderung ihrer Streitkräfte und ihrer Bewaffnung verpflichten. Nach wie vor wird betont, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung in beiden deutschen Staaten und ihre militärische Neutralität die erstrebenswerteste Lösung ist. Die Denkschrift wurde in die offiziellen Dokumente der Beratungen des 18-Staaten-Ausschusses der UNO aufgenommen.

Die Resolution des V. Parteitages hatte festgestellt: „Die Sicherung des Friedens ist zum Hauptinhalt der Deutschlandfrage geworden.“¹ Die Atomrüstung des deutschen Imperialismus bedrohte das deutsche Volk. Ohne Zurückdrängung des Militarismus in Westdeutschland war eine friedliche Lösung der deutschen Frage nicht möglich. Mit dem Ziel, den Frieden in Deutschland zu sichern, galt es, die Überreste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen und die Ergebnisse des Sieges über den deutschen Imperialismus zu fixieren. Auf dem V. Parteitag wurde deshalb die Forderung erhoben, daß endlich die Grundsätze eines Friedensvertrages mit Deutschland erörtert werden. Gleichzeitig wurde formuliert, welches die Grundlagen eines Friedensvertrages sein müssen.

Da der Frieden im besonderen Maße durch die anomalen Verhältnisse in Westberlin, durch das Besatzungsregime und durch die Störenfriedpolitik der Bonner und Schöneberger Ultras gefährdet wird, forderte der

¹ Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10. bis 16. Juli 1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 1335.